

Pöfener Zeitung.

Inferate
(1/2 Sgr. für die fünfgespalte-
ne Zeile oder deren Raum;
Kl. Namen verhältnißmäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

409771 IV N.p.s. Spec.

seine Depeschen der Bundesregierung noch nicht offiziell übergeben habe.

Berlin, 1. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-
ruht, den nachbenannten Personen Orden zu verleihen, und zwar: den Kothen
Hoforden dritter Klasse mit der Schleife: dem Legationssekretär bei der Gesandtschaft
zu Paris, Mittelmeister à la suite des 1. Garde-Mannregiments, Prinzen
Heinrich Graf von; den Kothen Adler-Orden vierter Klasse: dem Legations-
sekretär Grafen von Haffeld und dem Geheimen Sekretär Tagliani bei
derselben Gesandtschaft, so wie dem Generalkonsul, Baron Alphons von
Rothschild zu Paris; das Allgemeine Ehrenzeichen: den Feldwebeln Tes-
sin und Meyer des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1.
Pommerschen) Nr. 2, dem Feldwebel Warnke und dem Sergeanten Wink-
heimer Allerhöchsthies Grenadier-Regiments (2. Westpreussischen) Nr. 7,
dem Feldwebel Hendek und dem Sergeanten Tiedke des Leib-Grenadier-
Regiments (1. Brandenburgischen) Nr. 8, dem Wachtmeister Schirmacher
und dem Stabstrompeter Keil des 1. Leib-Husaren-Regiments Nr. 1, den
Wachtmeistern Vogt und Flegel des 2. Leib-Husaren-Regiments Nr. 2, so
wie dem Wachtmeister Wunderlich und dem Regiments-Kocharzt Schmann
Allerhöchsthies Husaren-Regiments (1. Rheinischen) Nr. 7.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Ober-Forstmeister Otto von Hagen zum Land-Forstmeister, die Geheimen Finanzräthe von Wilmowsky und Moelle, so wie den Geheimen Seehandlungsrath Scheller zu Geheimen Ober-Finanzräthen; den Geheimen Baurath Kawerau zum Geheimen Ober-Baurath, den Geheimen Bergrath Kiedel zum Geheimen Ober-Bergrath, den Geheimen Baurath Kottobohm zum Geheimen Ober-Baurath, und den Geheimen Postrath von Mähler zum Geheimen Ober-Postrath; die vortragenden Räte im Marine-Ministerium, Wirkliche Admiraltätsräthe Jacobs, Heymann und Pfeffer zu Geheimen Admiraltätsräthen mit dem Range der Räte zweiter Klasse; den Provinzial-Steuerdirektor, Geheimen Finanzrath Wöhlers zu Köln zum Geheimen Ober-Finanzrath; den bisherigen Ober-Bauinspektor Gottkreuz zu Münster zum Regierungs- und Baurath, desgleichen den Rittergutsbesizer, Hauptmann und Landchaftsdirector Wolf Emil von Gersdorf auf Ober-Köel zum Baurath des Kreises Rothenburg im Regierungsbezirk Elgelnz zu ernennen; so wie dem Bergmeister Carl Haardt zu Essen bei seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst den Charakter als Bergrath; und dem praktischen Arzt ac. Dr. Carl in Bonn den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen; auch den nachbenannten Personen die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehen Orden zu ertheilen, und zwar: Des Ritterkreuzes des Kaiserlich öfterreichlichen Franz Josephs-Ordens: dem Kaiserlich öfterreichlichen Konful Ehr. Ludwig Dehlmann zu Königsberg in Preußen; des Kaiserlich türkischen Medschidje-Ordens dritter Klasse: dem Konful Weber in Beirut; des Ritterkreuzes des Königlich schwedischen Majestäts-Ordens: dem Königlich schwedischen und norwegischen Konful Ch. E. Berendtsen zu Königsberg i. Pr.; des Ritterkreuzes dritter Klasse des Königlich hannoverschen Guelphen-Ordens: dem Königlich hannoverschen Konful Ch. Heinrich Willert zu Königsberg i. Pr.; des Verdienstkreuzes des Herzoglich sachsen-erzsteinischen Hausordens und des silbernen Gedenkkreuzes für Eaternorden: dem Hauptmann und Kompagniechef Gegenhardt vom 4. Pommerischen Infanterie-Regiment Nr. 21; so wie des Johanniter-Maltheser-Ordens: dem Regimentsoberstenmajor Johann Frhr. von Karst zu Breslau

Dem Regierungs- und Baurath Gottgetreu ist die erledigte Regierungs- und Baurathsstelle in Köln verliehen worden.

Der bisherige Privatdozent Dr. Hugo Ziemssen in Greifswald ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Königl. Universität daselbst ernannt worden.

Der bisherige Kreisrichter D. Buch in Lautenburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Coburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Marienwerder mit Anweisung seines Wohnsitzes in Coburg ernannt worden.

London, Mittwoch 1. Januar. Die neueste Post aus Newhork vom 20. d. Mts. meldet: Bei der Ankunft der „Europa“ in Halifax am 15. Dezbr. übernahm der englische Steamer „Rinaldo“ sofort die Depeschen und begab sich mit ihnen zu dem nordamerikanischen Geschwader, während die Post von der „Europa“ weiter befördert und am 18. Dez. in Newhork ausgegeben wurde. Hier hatte sich die Volksaufregung durch die Nachrichten von den kriegerischen Vorbereitungen in England sehr gesteigert. Nach Bekanntwerden der mit den Dampfern „Europa“ und „Jura“ eingetroffenen Nachrichten scheint die öffentliche Meinung einer Restituirung Masons und Slidells nicht mehr so strickt entgegen zu sein und es hat sich die Ansicht festgesetzt, daß die Bundesregierung über diese Frage nicht in den Krieg gehen werde, und daß, wenn die Forderungen Englands betrefß der Auslieferung Masons und Slidells in einem gemäßigten Ton formulirt seien, die Regierung darin willigen werde. Die Sprache der Journale ist eine gemäßigtere.

Man hat bemerkt, daß bei dem letzten Empfang Lincoln die Gesandten Englands, Frankreichs und Preußens nicht anwesend waren.

Die Kammer der Repräsentanten hat die Annahme einer Resolution verweigert, durch welche sie sich verpflichten sollte, das Benehmen des Kapitän Wilkes zu unterstützen, ohne zuvor diese Resolution dem Komite für die auswärtigen Angelegenheiten überwiesen zu haben.

Der Staatssekretär des Schatzes Chase hat in einem Meeting der Bankiers die Ansicht ausgedrückt, daß im Laufe des Januar die militärischen und maritimen Operationen der Union im Süden ein entscheidendes Resultat liefern würden und daß die schwebende Differenz mit England einer friedlichen Lösung, welche sie ohne Zweifel finden werde, fähig sei.

Der Dampfer „Afrika“ war bis diesen Morgen in Newhork zurückgehalten worden. Ein Kurier des englischen Gouvernements kam am 18. um Mitternacht in Washington an. Die letzten telegraphischen Depeschen sind am Morgen des 20. Dez. hier eingetroffen und melden, daß Lord Lyons

Aus Kanada wird gemeldet, daß das dortige Gouvernement, von der öffentlichen Meinung kräftig unterstützt, den Befehl ertheilt habe, daß das 62. und 63. Regiment von Halifax nach Kanada gehen sollen.

Aus Charleston wird die Nachricht von dem großen Brande bestätigt. Ein großer Theil der Stadt und die bedeutendsten öffentlichen Gebäude sind zerstört. — Zwei Regimenter Bundesstruppen sind auf der Insel Ship-Island ausgeschifft worden. Der General Phelps hat nach der Landung eine Proklamation erlassen, in welcher erklärt wird, daß sein Kommando von der Idee geleitet werde, daß die nach Annahme der Konstitution erfolgte Aufnahme eines Sklavenstaates in die Union eine Verletzung der Konstitution involvire. Nach einem Gerüchte soll diese Proklamation auf der Bundesflotte große Unzufriedenheit erregt haben. Man hat beim Kongresse angefragt, auf wessen Befehl diese Proklamation veröffentlicht worden sei. — Die Repräsentantenkammer hat eine Million Dollars zum Bau von Kanonenbooten votirt.

Paris, Mittwoch 1. Jan., Nachmittags. Bei dem heute in den Tuileries stattgehabten Empfange des diplomatischen Corps dankte der Kaiser für dessen Wünsche; das verflossene Jahr sei durch Ereignisse bezeichnet, die mehrere Staaten erschüttert und große Trauer über fürstliche Familien gebracht haben. Der Kaiser spricht den Wunsch aus, daß das begonnene Jahr sowohl für das Glück der Völker, wie der Familien der Souveräne ein günstigeres sein möge.

(Eingeg. 2. Januar 9 Uhr Vormittags.)

Preußen. (Berlin, 1. Jan. [Vom Hofe, Tagesnachrichten.] Die Majestäten und die Mitglieder der königlichen Familie wohnten gestern den liturgischen Andachten im Dome bei. Abends waren die Allerhöchsten und Höchsten Herrschaften zur Feier des Sylvesterabends versammelt und trennten sich erst am Jahresabschlusse nach gegenseitiger Beglückwünschung. Heute Morgens nahm der König die Gratulation der Adjutanten, der Beamten und Dienerschaft entgegen und um 10 Uhr hörten die Majestäten und die Prinzen und Prinzessinnen des Königsbauses die Predigt im Dome. Mittags 12 Uhr fuhr der ganze Hof, mit Ausnahme der Frau Kronprinzessin und der Frau Prinzessin Karl, zur Beglückwünschung der Königin-Wittve nach Schloß Sanssouci. Der König empfing zugleich im dortigen Stadtschlosse die Spigen der Zivil- und Militärbehörden zur Gratulation. Um 2 Uhr kehrten alle Herrschaften von Potsdam hierher zurück und fand darauf im königl. Palais die Gratulation statt. Zu derselben waren $\frac{3}{4}$ 3 Uhr dort in Gala versammelt der Chef des Ingenieurkorps, Fürst W. Radziwill, der Generalfeldmarschall v. Wrangel, die aktiven und zur Disposition gestellten Generale, die Minister, die wirklichen Geheime Räte, die Mitglieder der diplomatischen Korps u. Der König soll an die Generalität eine längere Ansprache gerichtet haben, doch ist von derselben noch nichts Näheres in die Oeffentlichkeit gelangt. Um 5 Uhr war die Familientafel. An derselben erschienen auch die vermittelte Frau Großherzogin Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin, welche kurz zuvor mit Gefolge von Schwerin auf der Hamburger Bahn hier eingetroffen und im Schlosse abgestiegen war. Aus dem Bahnhofe hatten die Prinzen Karl und Albrecht, der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin, der Generalfeldmarschall v. Wrangel, der Stadtkommandant General v. Alvensleben und der mecklenburgische Gesandte Baron v. Hopfgarten die hohe Frau empfangen. Abends $7\frac{1}{4}$ Uhr fuhr die Frau Großherzogin zur Königin-Wittve nach Schloß Sanssouci und wird dort einige Tage zum Besuche verweilen. Morgen Vormittags findet, wie schon gemeldet, in Sanssouci die Gedächtnisfeier statt; zur Theilnahme an derselben begiebt sich der Hof, soweit bis jetzt bestimmt, gegen 10 Uhr nach Potsdam. Gleichzeitig soll in der Friedenseckirche die Beisetzung des Sarkophags in der neuen Fürstengruft erfolgen. Die Frau Kronprinzessin wird an dieser Trauerfeierlichkeit nicht theilnehmen. — Die gestrige Konzeilsitzung im Palais des Königs dauerte nahezu 4 Stunden. Kammerverhandlungen sollen die Hauptbehandlung gebildet haben. — Der königl. Gesandte an russischen Hofe, v. Bismarck-Schönhausen, wird, wie schon früher gemeldet, in diesen Tagen hier erwartet. Dem Vernehmen nach hat derselbe Petersburg schon verlassen. — Gestern Vormittags wurde der Kammergerichtsath v. Merdel auf dem Matthäikirchhofe unter großer Theilnahme begraben. Im Sterbehaufe sprach der Prediger Dr. Sydow zur Trauerversammlung, in der sich auch die Kammergerichtspräsidenten v. Strampf und Büchtemann befanden. — Gestern Nachmittags 4 Uhr ist der Geh. Hofrath im auswärtigen Ministerium, Siehrach, in hohem Alter gestorben. — Wie in allen Neujahrsnächten, so ging es auch in dieser in unserer Stadt sehr lebendig her; doch hat man heute von keinem groben Exzeß gehört. Auch im Laufe des heutigen Tages herrschte auf den Straßen ein sehr reges Leben. Gratulanten in prächtigen Karossen und zu Fuß machten ihre Neujahrsvisiten. Auch die Minister beglückwünschten sich gegenseitig. — Wir hatten heute ein seltsames Wetter.

Vormittags Frühlingsluft mit Sonnenschein und Nachmittags Winter mit Schneegestöber. Der Wechsel trat so urplötzlich ein, daß man wirklich davon überrascht wurde.

— [Ueber die Finanzlage Preussens] schreibt die „Sp. 3.“: Von mehreren Seiten, besonders wenn es sich darum handelt, Mehrforderungen für das Militär zu bekämpfen, hat man versucht, die Finanzen unres Staatses in einem sehr ungünstigen Lichte darzustellen. Wir wissen nicht, was damit gewonnen werden könnte, daß Preußen, welches man doch an die Spitze Deutschlands zu stellen empfiehlt, sich selbst und andern gegenüber fälschlich herabgesetzt wird. Allerdings hat die preussische Staatsschuld zugenommen, allein das Staatsvermögen hat eben so sich vergrößert. Der Vergleich mit Oestreich hinkt gänzlich, da Oestreichs Staatsschuld gleichzeitig mit der Abnahme der Staatsaktiva zunimmt, ein Gegensatz, welchen man durchaus nicht übersehen darf. Die preussische Staatsschuld betrug zu Ende des Jahres 1859 (mit Inbegriff der unverzinslichen) 271,194,874 Thlr. 7 Sgr. Die Staatsschuldenkommission berichtet darüber unter dem 23. Januar 1861 an die beiden Häuser des Landtages: Unter dem Schuldbetrage sind die zum Bau von Eisenbahnen aufgenommenen Anleihen, so wie die Schulden der vom Staate erworbenen Eisenbahnen begriffen, welche mit Rücksicht darauf, daß die betreffenden Eisenbahnen die Mittel zur Verzinsung und Tilgung jener Anleihen und Eisenbahnschulden aufbringen, gleichzeitig als Aktiva des Staates angesehen und mit ihrem am Schlusse des Jahres 1859 noch vorhandenen Schuldbeträgen abgerechnet werden müssen. Nimmt man dazu, daß von der Verzinsung der zur Verminderung der unverzinslichen Staatsschuld genehmigten Ausgabe von 16,598,000 Thlr. verzinslichen Schuldverschreibungen dem Staate nur die Verzinsung von 5 Mill. obliegt, so fann man 69,012,887 Thlr. 15 Sgr. abrechnen, und die Schuld betrüge nur 202,181,987 Thlr. 22 Sgr. Allein auch diesem Betrage können noch verschiedene Aktiva des Staates gegenüber gehalten werden, das Kautionsdepositum, der Antheil des Staates an den Aktienkapitalien mehrerer Eisenbahnen, die Fonds zum Ankauf von oberschlesischen Eisenbahn-Stammaktien, der Garantiefonds für die Breslau-Posen-Glogauer-Eisenbahn, der Garantiefonds für die Oberhausen-Arnhem-Delft-Siegen-Giegener Eisenbahn, zusammen 18,635,025 Thaler, so daß die Staatsschuld sich auf 183,546,962 Thlr. 22 Sgr. ermäßigte. Wir theilen diese Angaben der bekanntlich aus Mittheilungen des Landtages gebildeten Kommission mit, um darzutun, daß wir doch ganz anders dastehen, als Oestreich, welches die Staatsaktiva, Eisenbahnen, Bergwerke u. s. w. verkauft hat, ohne daß dabei eine Verringerung der Staatsschuld oder des Defizits eingetreten wäre. Solche Wahrheiten, wie die von uns hier mitgetheilten, wolle man doch recht sehr beherzigen, ehe man sich daran giebt, das eigene Vaterland allzu schwarz zu schildern und der mittelstaatlichen Politik die Waffen förmlich in die Hand zu liefern.*

Destreich. Wien, 30. Jaz. [Die russische Note in der Suttorina-Angelegenheit.] Die Nachricht von der Veröffentlichung der Note des Fürsten Gortschakoff an den hiesigen russischen Gesandten betreffs des Vorganges in der Suttorina, hat hier wenig überrascht. Man kennt hier die zweideutige Rolle des Nepresentanten Rußlands in der Nähe des Montenegroinnehauptlings, und seine Darstellungsweise der Vorkommnisse in jenen Gegenden wäre geeignet, selbst einen minder tendenziösen Gegner Destreichs, als den Fürsten Gortschakoff, in Harnisch zu bringen. Ueberrascht hat daher nur, daß Rußland den jetzigen Moment für geeignet hält, solche Demonstrationen in die Welt zu senden. Graf Rechberg, der Minister des Aeußern, ist keine energische Natur und wandelt mit Vorliebe in den ausgefahrenen Geleisen der Bundestagspolitik und der Metternichschen Traditionen; aber eine Einsprache des heutigen Rußland in das Benehmen Destreichs gegen offene Revoltanten an seiner südlichen Grenze nimmt selbst dieser Diplomat nur mit freundlichem Lächeln entgegen. Wenn der Czar zum Protektor des Nasenabschneiders Luca Bucalovich sich aufwirft, so verliert die Note ihren ernsten Charakter; sollte dieser sich hierdurch ermuntert fühlen, die Batterien wieder aufzurichten, so wird binnen 24 Stunden die militärische Promenade sich erneuern. Wie es der Fürst Gortschakoff bei den Unterzeichnen des Pariser Friedensinstruments motiviren will, daß durch Zerstörung der von den Rebellen gegen die Türkei errichteten Batterien die Ruhe der Türkei und die Sicherheit Europa's abgeschwächt werde, bleibe dem feinen Diplomaten überlassen; aber selbst das gelungene Kunststück würde das Recht Destreichs, seine Grenzen und seine Militärstraßen zu wahren, nicht weg eskamotiren. Die Note des Fürsten Gortschakoff wird, falls er nicht eine zweite und dringlichere nachsendet, kaum andere Folgen haben, als die Stellung seines Gesandten, Herrn v. Balabine, zu einer epimösen zu machen; im Publikum giebt es keine Sympathie für die russische Politik, dagegen sehr viel Anlässe, ihr zu mißtrauen. Wenn sie der südslavischen Agitation eine solche Subvention zukommen läßt, dann wirbt sie unfreiwillich dem östreichischen Ministerium neue Anhänger und neue Kräfte. (N. Z.)

— [Tagesnotizen.] Die hiesigen Blätter, mit Einschluß der „Donau-Zeitung“ behaupten, daß das Ministerium Schmerling nicht gefährdet sei. Doch fügt das ministerielle Blatt eine Mahnung an den Reichsrath hinzu, sich in seinen Forderungen zu mäßigen und keine Bürgschaften von der Regierung zu heischen. — Die „Presse“ verlangt abermals eine Aenderung der italienischen Politik Oesterreichs. Nur so werde es möglich sein, die Armee zu eduziren. — Die Führer der czechischen Partei bereiten in Böhmen eine Petition an das Staats-Ministerium vor, in welcher um die baldigste Einberufung des böhmischen Landtages gebeten wird. — Der Gouverneur von Siebenbürgen, Graf Trenneville, hat bezeug-

Bibl. Jagiella
965 C V Z 173

lich der überhand nehmenden Waldsirenen eine strenge Verordnung erlassen.

Sampver. Göttingen, 31. Dezember. [Jesuiten.] Seit dem ersten Weihnachtstage predigen, wie die „Nord. Ztg.“ mittheilt, in der hiesigen katholischen Kirche alltägig zweimal, Morgens und Abends abwechselnd, die zwei Jesuitenmissionare Voigtkeiser und Heermann aus Paderborn. Die Missionare werden ihre Predigten noch bis über Neujahr hinaus fortsetzen.

Baden. Rastatt, 30. Dezbr. [Die Erzeffe.] Dem „Schw. M.“ wird von hier geschrieben: Zur Verhütung weiterer Erzeffe ist die Stadt in zwei Hälften abgetheilt, deren eine nur von österreichischer und deren andere nur von preussischer Mannschaft betreten werden darf. Ähnlich ist es in den nächstgelegenen Dörfern. Die badischen Truppen, welche sich neutral verhielten, können überallhin ungehindert gehen. Die österreichischen Genietruppen haben an den Erzeffen keinen Theil genommen.

Hessen. Kassel, 30. Dezember. [Adresse an den Kurfürsten.] Die in allen Gemeinden des Landes verbreitete Adresse an den Kurfürsten für Wiederherstellung des alten Verfassungsrechts lautet nach der „A. P. Z.“:

Allerhochwürdigster Kurfürst, Allergrädigster Kurfürst und Herr! Euer königliche Hoheit, daß wir ein freies, offenes, ehrliches Wort, wie es deutschen Männern zukommt, an Sie richten. Wir ehren in Ihnen von Herzen Grund unserer Stammesfürsten und achten gewissenhaft das Ihnen als solchem zukommende Recht. Aber wir sind es Ihnen, wie uns selbst schuldig, eben so auch auf unser Recht zu halten. Und es giebt eine Majestät der Wahrheit und des Rechts, vor welcher auch die Könige ihre Kniee beugen müssen. Ein Wort ein Mann ein Mann! So haben die Deutschen von jeher gesagt und darauf ihr Heil gebaut. So sagen auch wir. Darum halten wir fest an der zwischen Fürst und Volk vereinbarten Verfassung vom Jahre 1831, bis sie auf verfassungsmäßige Weise wieder aufgehoben oder abgeändert wird. Nimmermehr aber werden wir anerkennen, daß eine solche Aufhebung oder Abänderung rechtsgültig durch den Bundesstag geschehen sei! Gern sind wir jedoch bereit, zu etwa als notwendig oder als zweckmäßig erkannten Abänderungen die Hand zu bieten. Wir erklären namentlich, daß wir keineswegs auf unänderlicher Beibehaltung des Wahlgesetzes vom Jahre 1849 bestehen. Sollten Ew. königliche Hoheit, wie wir zur Beseitigung der dermaligen Wirren für unabweislich halten, sich entschließen, eine Ständeverammlung nach Maßgabe dieses Gesetzes einzuberufen, so dürfen Sie überzeugt sein, daß wir nur Männer von friedliebender Gesinnung wählen werden. Das heilige Herz ist nicht unversöhnlich und nicht nachsichtig. Wird nur der alte Rechtszustand, wie ihn die Verfassung vom Jahre 1831 und die derselben entsprechenden Gesetze ergeben, wieder hergestellt, so ist gar bald vergessen und vergeben, was bis jetzt noch die Gemüther mit herbem Schmerz erfüllt. Mit dem, was inzwischen nach andern Normen geschehen ist, mag es ebenso gehalten werden, wie es gehalten wurde, als die verfassungsmäßige Verfassung und Gesetzgebung beseitigt, die alttheiliche wieder hergestellt wurde. Glauben Ew. königliche Hoheit fest, wir sind eben so treu wie andere Leute, die sich einer besonderen Treue rühmen und das, nach Beseitigung des äußeren Druckes, wieder ausdauernde väterlichste Gefühl verdächtigen und schmäheln. In schuldiger Ehrfurcht verharren u. s. w.

[Die heilige Gegenklärung.] In ihrer in der Bundes-Verammlung vom 19. Dezbr. d. J. abgegebenen „Entgegnung der kurfürstlich hessischen Regierung“ auf die Erklärungen von Preußen, Baden, Weimar und Neuchâtel, bezeichnet die Regierung ihre Aufgabe dahin, daß sie den Verfassungskampf, in welchen sie sich gestellt sehe, „nur als für die monarchischen Grundfragen des Staats und die Autorität des Bundes aufgenommen“ ansehen könne. Man sollte in der That meinen, Kurfürst sei auf dem kürzesten Wege zur Republik gewesen und das Volk sehne sich nur nach einer Beseitigung der Monarchie. Aber von allen diesen Dingen weiß man hier zu Lande nichts. Niemand denkt an sie und Jedermann begehrt die alte Verfassung zurück, in der es heißt: „Die Regierungsform bleibt, sowie bisher, monarchisch. Der Kurfürst ist das Oberhaupt des Staates, vereinigt in sich alle Rechte der Staatsgewalt und übt sie auf verfassungsmäßige Weise aus. Seine Person ist heilig und unverletzlich.“ Enthält ein solches Verlangen etwa unmonarchische, republikanische Bestrebungen? Oder sollte die monarchische Grundlage des Staates und die Autorität des deutschen Bundes es nicht gestatten, ein evidenten Unrecht zu beseitigen, eine Kompetenz-Überschreitung aufzugeben und zum Wege des Rechts zurückzukehren? Nach Gründen für jene Behauptung der Regierung sucht man vergebens, auch nicht eine Andeutung eines Grundes findet sich; wohl aber widerlegt die Regierung ihre Behauptung selbst, indem sie in derselben Entgegnung bemerkt: „Die kurfürstliche Regierung hat ihre Bevölkerung nicht des Geistes der Auflehnung angelegt.“ Ist denn da die Gefahr für die monarchische Grundlage des Staates etwas Anderes, als ein Hirn-gehirn, um nicht zu sagen ein leerer Vorwand, an den die Regierung selbst nicht glaubt? In dem effektvollen Schlusse des Schriftchens verleiht dann die Regierung, daß durch die Rückkehr zum alten Verfassungsrechte, das innere Recht des Landes sowohl, als das öffentliche Recht des Bundes, die Sicherheit Deutschlands und die monarchischen Interessen verlegt und gefährdet, und der Revolution in- und außerhalb des Kurstaates die Schranken geöffnet sein würden.“ Woher diese Revolution kommen soll, wenn die Regierung dem Volke, das schon bei dem jetzigen Zustande des Geistes der Auflehnung nicht angelegt werden kann, das gewählte, worum es unaufhörlich bittet, ist nicht gesagt; auch nicht, wie der in Kurhessen hergestellte Frieden, der auch die Eintracht in der Bundesversammlung zur Folge haben wird, Revolutionen außerhalb Kurhessens zu erzeugen im Stande ist. (A. P. Z.)

Rassau. Wiesbaden, 29. Dez. [Prekäre Angelegenheit.] Das Justizamt dahier hatte gestern in Folge der gegen die „Wiesbadener Zeitung“ vorliegenden verschiedenen Anklagen wegen Verleumdungen und Injurien gegen Private die Verhaftung der beiden Redakteure Dr. Koch-Conradt und Dr. Löwenthal erkannt, um so die anscheinend gefährdete Strafvollziehung zu sichern. Die Verhaftung wurde jedoch, wie die „Zeit.“ meldet, durch Bestellung einer Kaution abgewandt. Sodann fanden nach den Manuskripten der inkriminierten Artikel Hausdurchsuchungen in der Redaktion und den Privatwohnungen der Redakteure statt.

Großbritannien und Irland.

London, 29. Dez. [Zum englisch-nordamerikanischen Konflikt.] „Morning Herald“ sucht alle Umstände zusammenzustellen, die für die Wahrscheinlichkeit sprechen, daß die Washingtoner Regierung nicht daran denken werde, einem Kriege mit England aus dem Wege zu gehen. „Wir können uns“, sagt dies Blatt, „nicht die peinliche Thatsache verhehlen, daß die nördlichen Staaten bei dem Wagniß eines Krieges mit uns sowohl etwas zu gewinnen wie zu verlieren haben. Sie wägen wohl, daß sie Angesichts eines Kampfes gegen England dem Süden ohne Ansehn eine Ausgleichung vorschlagen dürften. Wären sie einmal diese große Plage los, so

ständen sie einer Macht gegenüber, der es schlimmsten Falles keine Schande sein würde, zu unterliegen; einer Macht, die nicht geneigt wäre, sie zum Aeußersten zu treiben, und aus deren schönen nordamerikanischen Besitzungen vielleicht einige Gebiete herausgeschlagen werden könnten, die einen annehmbaren Ersatz für die reichen Ländereien im Süden des Potomac bilden würden. Ein Krieg mit England könnte kaum kostspieliger werden, als der mit dem Süden zu führende, und würde wahrscheinlich nicht so langwierig sein. Kurz, wir fürchten sehr, daß dieser Krieg mit England, als Alternative gegen den jetzt schwebenden, von den tollkühneren unter den nordstaatlichen Politikern freudig willkommen geheißenen würde. In solchem Kampfe gäbe es gerade einen Schimmer von Hoffnung; in dem anderen beginnt sich die Verzweiflung einzustellen. Angenommen, die englischen Forderungen würden ohne Weiteres gewährt, welche Stellung würde dann Lincoln's Regierung einnehmen? Sie würde sich ohne Zweifel verpflichtet glauben, mit den Anstrengungen zur Eroberung des Südens beharrlich fortzufahren. Aber was kann aus solchem Bestreben erwachsen, als Ungemach und Verderben. Nie gab es in den Jahrbüchern der Geschichte ein schlimmeres Dilemma als dasjenige, in welches die Regierung sich freiwillig verwickelt hat. Der Süden ist einiger als der Norden und hat bis jetzt in jedem Gefecht zu Lande den Sieg davon getragen. Wir zweifeln nicht an seinem Entschlusse, seine Unabhängigkeit zu erlangen und zu behaupten. Dies ist uns neulich der Brief des Kapitäns Maury kund, eines weltberühmten Mannes, dessen Entschlusse (von Washington, wo er auf der Sternwarte angestellt war, nach Richmond überzugehen und, wie man im Norden ihm vorwirft, eine Menge wichtiger und werthvoller Altiensstücke mitzunehmen) der Triumph des Südens und die Verzweiflung der Nordamerikaner ist. Der Norden wird ferner nicht den Sieg erringen, weil es ihm am nervus rerum fehlt. Das Dilemma hat aber ein drittes Horn, denn, wie Cameron, der Kriegsekreter, sagt, kann das Ziel nur erreicht werden, indem man die den Rebellen gehörigen Sklaven, d. h. ungefähr 4 Millionen Schwarze, in Freiheit setzt. Diese Sklaven müssen natürlich verfolgt werden. Außer der kolossalen Steuerlast, die der Krieg notwendig gemacht hat, würden je fünf Personen in den nördlichen Staaten mindestens einen Neger aushalten müssen. Daß vorher die Mehrzahl der weißen Sklavenbesitzer todgeschlagen werden müßte, ist eine Erwägung von augenscheinlich geringem Gewicht bei den nördlichen Enthusiasten, welche die Menschlichkeit opfern möchten auf dem Altar, den sie der Freiheit errichtet zu haben glauben, auf welchem sie aber eine blinde Nemesis anbeten. Die Schwierigkeiten einer sofortigen Sklaverei-Abschaffung sind offenbar unübersehblich. Da die Mehrzahl der nördlichen Staatsmänner ohne eine solche Maßregel an der Eroberung des Südens verzweifeln, so denken wir, sie würden wohl thun, jede Eroberungshoffnung fahren zu lassen.“

London, 30. Dezbr. [Tagesnotizen.] Der Herzog von Koburg ist vorgestern von Osborne nach Dover abgereist, um nach dem Festlande zurückzukehren. — Der Herzog von Cambridge ist von seinem Unwohlsein so weit hergestellt, daß er als Oberbefehlshaber des Heeres am Samstag seinen Geschäften auf der Kommandantur obliegen konnte. — Die „Army and Navy Gazette“ vernimmt, daß man in Ostindien den Ausbruch von Unruhen unter den Sikhs befürchtet. Drei zur Einschiffung nach England beorderte Batterien in Bombay, Karachi und Rangoon wurden durch dringende aus Bengalen eingetroffene Telegramme festgehalten. — Einer gestern veröffentlichten neuen Postverordnung zufolge muß vom 1. Januar an für Zeitungen und sonstige Drucksachen, die von hier über Frankreich nach Bayern, Würtemberg, Baden, Hohenzollern und Ostreich verhandelt werden, das volle Porto hier vorausbezahlt werden, wogegen die Empfänger die betreffenden Pakete vollkommen frei zugestellt bekommen, statt daß sie bisher einen Theil desselben nachzahlen mußten. Dasselbe gilt von Zeitungen und Drucksachen, die über Frankreich und Ostreich nach den ionischen Inseln, nach der Türkei und Kleinasien verhandelt werden. Alle Zeitungen nach den genannten deutschen Staaten müssen fortan mit 2 D. (statt bisher mit 1 D.) frankirt werden. Was über 4 Unzen wiegt, zählt das Doppelte u. s. w. nach diesem Maßstabe von 4 Unzen. Unter die Rubrik „Drucksachen“ kommen literarische Blätter, Broschüren, Bücher, Kataloge, Ankündigungen, Prospekte, Musikhefte, und Alles, was gedruckt, lithographirt und gestochen ist. Pakete dieser Art müssen an den Enden offen sein und dürfen außer der Adresse des Empfängers und Absenders nichts Geschriebenes weiter enthalten. — Eine andere neue Postkonvention mit Frankreich tritt ebenfalls am 1. des nächsten Monats ins Leben. Sie geht weiter als obige, indem fortan auch Photographien, kommerzielle und gerichtliche Dokumente, sowie Manuskripte aller Art, mit alleiniger Ausnahme von Briefen, von hier nach Frankreich und Algier zu demselben niedrigen Portosage wie Drucksachen befördert werden können. In allen hier aufgeführten Fällen wird aber die Regel gelten, daß nicht genug frankirte Pakete gar nicht expedirt werden (bisher wurde die Differenz vom Empfänger erhoben).

[Ueber die Finanzlage Ostreichs] äußert sich die „Times“ in sehr starken Ausdrücken. „Ostreich“, sagt das englische Blatt unter Anderem, „begnügt sich, der Welt kurz mitzutheilen, daß sein Defizit 24 Millionen Gulden oder mehr als $\frac{2}{3}$ seiner jährlichen Einkünfte betrage. Das ist ungefähr so viel, als wenn Herr Gladstone uns ein Defizit von 50 Mill. Pf. St. vorrechnete. Was wir bei einer solchen Ankündigung wohl in England anfangen würden? Zumal wenn keine Aussicht auf Besserung vorhanden wäre! wenn unser Kredit geschwunden, unsere Steuerkraft aufs Aeußerste abgespannt wären, wenn ein Theil unseres Landes auf eine Gelegenheit zur Empörung lauernde und unser Zirkulationsmittel in schmutzigen Papierzetteln bestände! Wir würden rein toll darüber werden, würden vielleicht die Herren Mason und Stidell in Gottes Namen hängen lassen, Indien veranlagern, Irland an Jemanden verkaufen, gegen den wir eine Pique haben, Kanada an die Hudsonbaykompagnie verpfänden, Singapore den Holländern offeriren, kurz, wir würden das Tollste thun, um wenigstens als ehrliche arme Leute wieder auf die Straße gehen zu können.“

[Der englisch-amerikanische Konflikt.] Die „Army and Navy Gazette“ bemerkt, daß alle Anstalten getroffen sind, um, falls die Regierung von Washington auf die Depesche des Lord Lyons eine ungünstige Antwort ertheilt, fast augenblicklich 20 000 Mann nach dem Kriegsschauplatz absenden zu können. Eine große Anzahl Militärgewaltigen werde dann in den Küstengarnisonen zu permanentem Dienst einberufen werden. Der

„Globe“ enthält folgende Zuschrift: „Vor Ende der nächsten Woche dürfen wir Nachricht darüber erwarten, ob die Regierung von Washington sich entschließt, die vom „Trent“ gewaltsam weggeführten Personen herauszugeben, oder in den Krieg gegen uns zu ziehen. Unsere Minister würden wohl daran thun, in der Zwischenzeit zwei wichtige Fragen, deren Lösung ohne ernstlichen Schaden für das Reich nicht länger verschoben werden kann, in Erwägung zu ziehen. Sie heißen: 1) die Anerkennung der konföderirten Staaten; 2) unsere künftigen Beziehungen zu ihnen. Ein Entschlusse der nördlichen Staaten, Krieg mit uns anzufangen, setzt nothwendig den Plan voraus, sich von den südlichen Staaten zu scheiden und die Feindseligkeiten nach Kanada zu übertragen. Es ist kein Geheimniß, daß seit Wochen die Mehrzahl in Lincoln's Kabinett die Unterjochung des Südens als eine ganz hoffnungslose Aufgabe betrachtet. Da zwei Kriege auf einmal ihre Kraft übersteigen, würde die Regierung von Washington versuchen, einen Frieden mit der Konföderation unter den möglichst besten Bedingungen zusammenzuflicken und einen territorialen Ersatz in der allenfallsigen Einverleibung Britisch-Nordamerika's suchen. Dies ist die längst eingestandene Politik des Hrn. Seward. Ihrer Majestät Rathgeber haben daher die Pflicht, zu bedenken, wie weit die Politik der konföderirten Staaten uns in der Kriegführung helfen oder hemmen kann. Durch eine rasche Anerkennung ihrer Unabhängigkeit und durch den Abschluß eines Freundschafts-, Handels- und Schiffsabkommens mit ihnen könnte England, meiner Ueberzeugung nach, in diesem günstigen Augenblick seinem Handel und seiner Schifffahrt sehr bedeutende und dauernde Vortheile sichern. Wird aber die goldene Gelegenheit veräumt und treiben wir durch Zögern und Bedenken die konföderirten Staaten dem Feind in die Arme, so finden wir vielleicht unerwartet die Chesapeake-Bai, den Potomac und den ganzen südlichen Küstenstrich unseren Kriegsschiffen geschlossen. Wir würden auch keinen gerechten Grund zur Beschwerde haben, wenn sie uns mit derselben Münze „frostsiger Neutralität“ bezahlten, die wir ihnen zu Theil werden ließen; während ein Schutz- und Trugvertrag mit der neuen Konföderation unserer Kriegsflotte nicht nur Zuflucht, sondern zahllose Bequemlichkeiten zur Ausbesserung in südlichen Häfen verschaffen und die Kriegs- und Raperische des Feindes von denselben Häfen ausschließen würde. — Der „Globe“ selbst erklärt sich mit der in dieser Zuschrift empfohlenen Politik, für den Fall des Krieges, vollkommen einverstanden. Der „Morning Herald“ geht weiter und hält auch, falls Mason und Stidell herausgegeben werden, die Anerkennung der Konföderation für dringend geboten; theils weil sie faktisch eben so gut wie Griechenland im Jahre 1825 und wie Belgien im Jahre 1831 eine selbstständige Macht bilde, und theils, weil die Anerkennung ein sicheres Mittel sein würde, dem von Norden geführten vandallischen Kriege ein Ende zu machen und somit ein den besten Interessen der Zivilisation und Humanität geistlicher hoher Dienst wäre. — General Perronet Thompson sagt in einer Zuschrift an den „Morning Advertiser“: „Unsere vorgeblichen Antislavereimänner erlauben sich den Trugschluß, daß sie eine Nation beurtheilen, als wäre sie ein einzelnes Individuum, und nicht ein zusammengesetzter Körper, in welchem alle möglichen Elemente und Interessen um die Oberhand ringen. Ein Beispiel. Während des englischen Kampfes gegen den Sklavenhandel (als Wilberforce z. B. seine vierstündige Rede beendigt und die Majorität ihn geschlagen hatte) hätten auswärtige Freunde mit demselben Recht sagen können: „Es ist nichts als Heuchelei von England, wenn es davon spricht, den Sklavenhandel unterdrücken zu wollen. Es denkt nicht daran. Seht die feindlichen Majoritäten im Hause der Gemeinen, und im Oberhause sind die königlichen Prinzen und die Bischöfe gegen die Unterdrückung des Sklavenhandels.“ — Der merkwürdige Prozeß der holländischen Brigg „Hendrik und Alida“, mit welchem die „Times“ beinahe zu viel zu beweisen suchte, wird in einigen Zuschriften oder „Gingelands“ näher beleuchtet. So schreibt „Jus gentium“ aus Lincoln's Inn an „Daily News“: „Der „Hendrik und Alida“-Fall ist nicht maßgebend, da das Prinzip, nach welchem er entschieden wurde, durch die Entscheidungen einer viel größeren Autorität, namentlich in dem bis zum Ueberdruß zitierten „Drozembo“-Falle, umgestoßen ist. Niemand, der Lord Stowell's Urtheile mit einiger Aufmerksamkeit gelesen hat, wird darüber einen Augenblick im Zweifel sein. Es ist gar keine Frage, daß Lord Stowell, wenn die holländische Brigg vor ihn, anstatt vor Sir G. Hay, zur Aburtheilung gekommen wäre, sie unbedenklich kondemnirt haben würde.“ — In derselben Weise wird der „Hendrik und Alida“-Fall vom „Spectator“ besprochen. — An den „Morning Star“ schreibt „Ein Advokat“, dessen berichtete Zuschrift die „Times“ ihre Spalten nicht geöffnet hatte. Sir G. Hay's freisprechendes Urtheil erkläre sich durch den höchst wichtigen Umstand, „daß im Jahre 1777 die damals rebellischen Kolonien Nordamerika's noch keine anerkannte unabhängige kriegsführende Stellung hatten, deren Existenz unumgänglich nothwendig ist, um einen Prozeß wegen Kriegskontende zu begründen.“ Man werde sich erinnern, daß Frankreich, die erste Macht, die „einen unabhängigen Status“ in Nordamerika anerkannte, dies nicht vor 1778 gethan habe. So weit es andere Nationen anging, war England zur Zeit des „Hendrik und Alida“-Prozesses noch gar nicht im Kriege begriffen. „Kein Wunder“, schließt der Advokat, „daß die Uebung eines ausschließlichen Kriegesrechtes mitten im Frieden Holland zu entrüstungsvollen Beschwerden veranlaßte.“

Frankreich.

Paris, 29. Dezbr. [Tagesbericht.] Der „Monteur“ bringt heute das Programm für den Neujahrsempfang in den Tuileries am 1. und 2. Jan., für welche beide Tage die Hoftrauer ausgesetzt wird. Das diplomatische Korps erscheint am ersten Tage um 1 Uhr. Am 2. Januar, Abends um 9 Uhr ist Cour, woran auch die Damen theilnehmen. — Graf v. Chambord hat für das Denkmäl des verstorbenen Hauptredakteurs der „Gazette du Midi“, Heinrich Abel, 500 Frs. beigesteuert. — Die Handelskammer von Havre hat eine Petition an den Marineminister gerichtet, damit derselbe dem Handel der genannten Stadt einige Kriegsschiffe für den Transport der französischen Waaren nach Amerika zur Verfügung stelle. Frankreich besitzt nämlich noch keine transatlantischen Dampfschiffe, und da die englischen und amerikanischen Schiffe in Folge des in Aussicht stehenden Krieges ihren Dienst eingestellt haben, so ist jeder direkte Verkehr zwischen Frankreich und Amerika unterbrochen. Der Handelsstand leidet dabei nicht wenig. — Mit einiger Eifer sucht man fortwährend auf den englischen Einfluß

in Madagaskar. Nach den letzten Nachrichten richtete der neue König dieser Insel an den Gouverneur von Mauritius ein Schreiben, worin er die Hoffnung ausdrückte, daß zwischen dieser Kolonie und seinem Reiche bald freier Verkehr ins Leben treten werde, und zugleich die Einladung erließ, eine Deputation an ihn abzuschicken. Diese ist denn auch, mit Oberst Middleton an der Spitze, am 22. September nach Madagaskar abgegangen und überbringt dem König reiche Geschenke, so wie mehrere Glückwunschkarten, unter Anderm auch von Seiten der Handelskammer von Mauritius. — Herr St. Marc Girardin hat über das ihm ertheilte Avertissement an den mit ihm befreundeten Herrn Mocquard eine Art Denkschrift in Form eines Briefes erlassen. Dieselbe wurde, wie man vernimmt, gestern dem Kaiser vorgelegt, der sich mißbilligend über das gegen die Debatte eingeschlagene Verfahren ausgesprochen und den Wunsch ausgedrückt haben soll, Herrn St. Marc Girardin zu sehen und sich mit ihm über diese Angelegenheit zu unterhalten. — Das „Pays“ zieht heute gegen die deutschen Einheitsbestrebungen zu Felde, und zählt eine Anzahl kleiner Residenzen und Universitätsstädte auf, deren selbständiger Glanz viel zu großen Werth habe, um der Zentralisation geopfert zu werden. Selbst Bonn wird unter diesen Opfern genannt; die ziemlich straffe preussische Zentralisation scheint diese Stadt also bisher nicht wesentlich beeinträchtigt zu haben und erst die deutsche Einheit würde sie ruinieren. Uebrigens versichert das „Pays“, daß seine Betrachtungen völlig unbefangen sind, da Frankreich sich vor dem geeinten Deutschland so wenig würde zu fürchten haben, als vor dem heutigen. — Der „Temps“ und die „Opinion nationale“ hatten am 27. und 29. November einen Artikel veröffentlicht, demzufolge ein religiöses Erziehungshaus des Faubourg St. Germain Schauplatz eines blutigen Dramas gewesen und eine Pensionärin mitten im Gesicht von einem Pistolenschuß tödtlich verwundet oder wenigstens zeitweilig gräßlich entstellt sei. Diese Nachricht war durchaus unbegründet, obgleich sich schon mehrere Tage vor der Veröffentlichung derselben im „Temps“ und der „Opinion nationale“ das Gerücht darüber in ganz Paris herumgetragen hatte. Die Geranten der erwähnten Blätter, Kessler und Legault einerseits, Guérout und Bauchet andererseits, sind nun wegen Verbreitung falscher Nachrichten schädlicher Natur, auf Grund des Gesetzes vom 17. Februar 1852 in Anklagezustand versetzt. Jeder derselben ist zu 1000 Frs. Strafe und alle sind solidarisches zu den Kosten verurtheilt.

Paris, 30. Dezbr. [Moniteur und Tagesnachrichten.] Der heutige „Moniteur“ enthält folgende Note: „Die „Patrie“ bringt einen Artikel mit der Ueberschrift: „Das konstitutionelle Kaiserreich.“ (S. Nr. 305.) Dieser Artikel, obwohl im besten Geiste abgefaßt, enthält Betrachtungen über die Konstitution, welche geeignet sind, die Kontroverse zu beleben, und es zeigt dies nochmals die Unangemessenheit, die Diskussion auf das Gebiet des Grundgesetzes überzutragen. Wir glauben bei dieser Gelegenheit die im „Moniteur“ vom 28. Nov. d. J. veröffentlichte Note nochmals wiedergeben zu müssen.“ Es folgt der Wortlaut dieser Note, welche einschärft, daß, da die Initiative für Verfassungsänderungen ausschließlich dem Kaiser und dem Senat zusteht, diese außerhalb jeder Diskussion stehen soll, und das Preßgesetz vor Allem den Zweck hat, die Konstitution gegen alle Angriffe sicherzustellen, denen sie ausgesetzt werden könnte. Es wird also dem Artikel der „Patrie“ eine kleine Huldigung zu Theil, indem sein vortrefflicher Geist belobt wird; aber eine Fortsetzung dieser Diskussion wird dennoch verboten. — Der „Moniteur“ veröffentlicht ferner eine zweite Verwarnung, welche dem „Journal de Rennes“ ertheilt wird, weil es Auszüge aus dem Gedicht von Laprade: „Die Senatsmühen“ mit Belobigung des Verfassers mitgetheilt hat, und die Redaktion überhaupt einen den Landeseinrichtungen feindseligen Geist kundgibt. — In den Unter-Präfekturstellen ist, wie das amtliche Blatt heute notifiziert, für achtzehn Arrondissements ein Personenwechsel erfolgt. — Wie die „Union“ wissen will, hätte Hausmann auf die Deffentlichkeit der Verhandlungen der Seinemunizipalkommission angetragen, wäre aber vom Kaiser abschlägig beschieden worden, weil man sonst den anderen Gemeinden dasselbe Recht würde zugestehen müssen. — Eine Bekanntmachung der Generaldirektion der Telegraphen im heutigen „Moniteur“ legt das Publikum in Kenntniß, daß kraft des Gesetzes vom 3. Juli d. J. von Neujahr ab jedes einfache Telegramm (von höchstens zwanzig Worten, inkl. Adresse und Unterschrift) innerhalb eines und denselben Departements nur einen Franc, sonst innerhalb Frankreichs zwei Francs, nach und von Corsica vorläufig noch 3 1/2 Francs, nach und von Algerien acht Francs und nach und von Tunis zehn Francs kosten wird. Nachtdienst werden folgende siebenzehn Telegraphenämter haben: Paris (sowohl in der Rue de Grenelle 103, als auch am Börsenplatz), Bordeaux, Boulogne, Calais, Chambéry, Dijon, Lille, Lyon, Marseille, Montpellier, Nancy, Nîmes, Nizza, Strasbourg, Toulouse und Tours.

Belgien.

Brüssel, 29. Dez. [Diplomatische Personalien; der Senat; Oberst Hazez.] Der „Moniteur“ bringt einen königlichen Erlass, durch welchen Herr Pycke, Legationsrath in Haag, an Stelle des jüngst nach Turin verlegten Herrn Solvyns zum Gesandten in Lissabon ernannt ist. Nach einer Mittheilung der „Köln. Ztg.“ werden die übrigen dadurch nothwendigen Veränderungen folgendermaßen ausfallen. Der seitherige erste Gesandtschafts-Sekretär in Wien, Baron v. Anethan, geht an Herrn Pycke's Stelle nach dem Haag, während der Wiener Posten durch Herrn Van Eoo, gegenwärtig in Petersburg, und die letztere Stelle durch Herrn Greindl, Gesandtschafts-Sekretär in Konstantinopel, besetzt werden wird. — Der Senat hat sich gestern, nachdem er alle zu votirenden Vorlagen im Sturmsturm erledigt, auf unbestimmte Zeit vertagt. — Die Verteidigung des Obersten Hazez vor dem Militärgericht werden die Herren Dits und de Binge führen. Herr Hazez hat gestern ein vorläufiges Verhör vor dem General-Auditeur bestanden.

Brüssel, 31. Dezbr. [Telegr.] Nach der heutigen „Independance“ würde Frankreich, ungeachtet der aus dem raschen Verlauf der Ereignisse hervorgehenden Schwierigkeiten, neue Vorstellungen nach Washington senden, um den Krieg zu verhindern.

Schweiz.

Bern, 31. Dez. [Telegr.] Das französische Gouvernement hat dem Bundesrathe dahin geantwortet, daß es von seinem Standpunkte keine Gebietsverletzung im Doppelthale zugestehen, daher auch keine Genugthuung leisten könne. — Der österreichische Gesandte hat dem Bundesrathe die Note an das Kabinett von Wa-

shington mitgetheilt, in welcher die Auslieferung der Gefangenen empfohlen wird.

Italien.

Turin, 26. Dez. [Die Ministerkrisis.] Die „Opinion nationale“ enthält eine bemerkenswerthe Korrespondenz, die, von wohlunterrichteter Seite her, nähere Aufschlüsse über die gegenwärtige Ministerkrisis giebt. Vor Allem sucht der Korrespondent festzustellen, daß das Portefeuille des Innern bis jetzt weder Herrn Ratazzi, noch Herrn Lanza, noch weniger aber Herrn Minghetti angeboten worden sei. Dagegen ist es auf Anrathen der einflussreichen Führer der Majorität Herrn San Martino durch Baron Ricasoli angeboten worden. Derselbe machte jedoch Schwierigkeiten. Anfangs gab er vor, nicht zu wissen, ob er dem König als Minister angenehm sei. Der König ließ ihm durch Baron Ricasoli zu wissen thun, daß San Martino, ob Minister oder nicht Minister, seiner vollen Sympathie versichert sein könne. Dennoch konnte sich Herr San Martino nicht entscheiden, sondern stellte, offenbar in der sichern Ueberzeugung, daß sein Programm nicht angenommen würde, folgende Bedingungen seines Eintritts auf: „Unverzügliches Aufheben des nationalen Bewaffnungssystems zu Wasser und zu Lande; Auflösung der mobilisirten Nationalgarden; strenge Sparsamkeit in den Finanzen; Alles das für die Dauer von drei Jahren. Demgemäß Verzichtleistung auf die Unterstützung und Hilfe der vorgerückten Partei; Aufseuf an die konservativsten Männer, und dabei doch die Bitte an die Herren Menabrea und Sanctis, aus ihren Ministerien zurückzutreten. Kurz, wie seine eigenen Worte lauten: „Wir müssen uns klein machen, um stark zu werden, für einige Zeit auf jede Nützlichkeit und jeden Earm verzichten, und den langsame, klugen, sicheren Gang wieder einschlagen, den Piemont 1849 nach Novara verfolgt hat.“ Ueber die Stellung Ratazzi's zu dem Kabinett Ricasoli drückt sich der Korrespondent folgendermaßen aus: „Als Ratazzi von Paris zurückkam, erbot er sich, mit der lobenswerthen Bereitwilligkeit, zur Uebernahme eines Portefeuilles, wenn es Baron Ricasoli für zweckmäßig halte, und sogar unter dessen Präsidentschaft. Es war aber kein Grund vorhanden, daß zwei so hervorragende und sich bei Gelegenheit einander zu erlegen, so befähigte Persönlichkeiten sich in den Oberbefehl eines politischen Feldzuges theilen sollten, dessen Schwierigkeiten nicht allzu ernst waren. Beide haben ein, daß für jetzt und später nur die eine Situation nett und klar sei, nämlich die, daß Ratazzi in Reserve verbleibe und einstweilen das Ministerium unterstütze. Heute neigt sich nun Ratazzi, in Betreff der Finanzgesetze, der Opposition etwas zu. Aber eine so bedeutende Persönlichkeit hat wohl das Recht, ihre Unterstützung nicht ohne Vorbehalt und ohne Bedingung zur Verfügung zu stellen. Es ist diese Haltung weit von einer Kriegserklärung gegen das Kabinett und einem persönlichen Kampf entfernt, und wenn Ratazzi, um für seinen Vorbehalt und seine Bedingungen freier dazustehen, aus Delikatesse es für angemessen erachtet hat, seine Entlassung als Kammerpräsident einzureichen, so hat er wohl gezeigt, indem er auf die Bitte der Kammer sein Entlassungsgesuch zurücknahm, wie fern er jenen kleinlichen Eifersüchteleien steht, vor denen sich unser konstitutionelles System bis jetzt zu wahren wußte.“

[Tagesnotizen.] General Vettinengo hat laut dem „Diritto“ um Enthebung von dem Posten eines Statthalters von Sicilien nachgesucht. Dieser Rücktritt kann als Signal zur Aufhebung dieses Postens überhaupt betrachtet werden. In der That meldet eine Turiner Depesche vom 29. Dezbr., daß das bezügliche Dekret am 30. von dem Könige unterzeichnet werden sollte. — Vater Passaglia veröffentlicht in Turin ein Journal „il Mediatore“, das vom 1. Januar an erscheinen wird. — „Corriere Mercantile“ veröffentlicht ein langes Schreiben Bertani's, worin derselbe mehrere Angaben über den Zweck und den Verlauf der bekannten Generalversammlung der Comitati di provvedimento in Abrede stellt. Namentlich leugnet er, daß man sich mit dem Programme Garibaldi's in Widerspruch gesetzt, man habe denselben vielmehr neuerdings als Präsidenten des neuen Zentralkomite's und Präsidenten der neuen Vertretung der italienischen Liberalen proklamiert. — Der „Patrie“ schreibt man von hier: Die amerikanischen Fahrzeuge beeilen sich, Genua, Livorno und Marseille mit halber und selbst viertels Ladung zu verlassen, um vor der Kriegserklärung aus dem Mitteländischen Meer herauszukommen. Gewöhnlich läßt man nach der Kriegserklärung den Schiffen die nöthige Zeit, ihre resp. Häfen zu erreichen; aber die Amerikaner glauben, daß Großbritannien keine Frist bewilligen werde. Die Abfahrt der Flotte von Malta nach Gibraltar scheint in der That ihre Befürchtungen zu rechtfertigen.

[Die Briganti.] Aus Neapel ist eine telegraphische Depesche in Turin eingetroffen, welche bestätigt, daß auch die Reste der Banden in vollständiger Auflösung begriffen sind. Diejenigen Banditen, denen es gelingt, das Römische zu erreichen, erhalten (so wenigstens wird der „Independance“ aus Neapel geschrieben) ein Bartgeld von 20 Scudi für den Tag und ein päpstliches Abzeichen, um bei erster Gelegenheit wieder ins Neapolitanische dirigiert zu werden. — Man meldet ferner aus Neapel, daß eine große Anzahl zur Bande Lagala's und Crescenzo's gehöriger Räuber sich als Gefangene gestellt haben. Die Häuptlinge selbst haben ihre Ergebung unter der Bedingung angeboten, daß man sie frei nach einer Insel ziehen läßt.

[Ueber die Ausbrüche des Vesuv] liegen Einzelheiten vom 24. Dezbr. vor. Portici, Resina und Torre del Greco waren seit dem Abende des 22. von dickem Dualm umhüllt und die ganze Küste von Castellamare bis Sorrent, so wie die Insel Capri, waren in Rauchwolken verschwommen. Ströme von Lava entrollten dem Vulkan mit Macht, und in Neapel waren Dächer und Balkone mit Asche grau gepudert. Am 23. trat ein schmutziger Regen hinzu und trübte alle Fenster, während in Portici, Pompeji und Castellamare die Asche so dicht fiel, daß Niemand ohne Schirm oder Maske ins Freie treten konnte. Die Asche des Vesuv wurde bis Sicilien getragen, ja, die französischen Messagerieboote bemerkten Aschenfalle bei Malta, und ein englisches Schiff, das von der sardinischen Küste am 24. in Neapoleintrat, war ganz grau. Außer Asche wüßte der Krater von Zeit zu Zeit auch dicke Steinmassen aus, während das Donnergepolter weithin dröhnt. Der Neapeler Korrespondent der „K. Z.“ schreibt vom 24. Dezbr. darüber: „Gestern Nachts wehte ein starker Scirocco die Asche des Vesuv bis über die Stadt. Später vermischte sich dieselbe mit einem leichten Regen, der den in allen Straßen

lagernden Schwaaren-Bekäufnern sehr unwillkommen kam. Jedoch bereits gestern Nachmittags drehte sich der Wind nach Norden, und so genießen wir heute eines kalten aber schönen und sonnigen Tages.“ — Das zwei Stunden von Neapel entfernte Torre del Greco, jetzt nur ein verödeter Trümmerhaufen, war vor wenigen Tagen noch eine blühende, wegen ihrer reizenden Lage beneidete Stadt mit 18,000 Einwohnern. Friedrich II. gründete es dort, am Abhänge des Vesuv, auf den Ruinen römischer Bauwerke. So verlockend ist die Lage, daß es neun Mal vom Jahre 1631 bis jetzt von Grund aus zerstört werden konnte, ohne von seinen Bewohnern verlassen zu werden. Durch die Schluchten und Risse, welche in Folge der Erdbeben jetzt den Boden zerklüften, sieht man tief unten alte Lavafelder oder begrabene Ueberreste einer früheren Stadt. Die noch immer fortwährenden Erdstöße haben fast ihr Werk beendet; sie finden kaum noch ein aufrecht stehendes Haus, welches der nächsten, wenn auch schwachen Erschütterung widerstehen könnte. Da die zusammenbrechenden Mauern einige auf der Straße stehende Leute zermetterten, so hat man den Ort umstellt und den Eintritt verboten. Gar nicht zu berechnen ist es, was aus den Trümmern der früheren Stadt, die sich mit dem Erdboden erst hoben, dann aber sehr schnell, an einzelnen Stellen um 20 Fuß hinabsenkten, zuletzt noch werden wird. Die kleinen Krater am Abhänge und auch der große auf der Spitze des Berges haben sich jetzt beruhigt, doch sind dafür wieder neue Krater im Meer, etwa 100 Schritte von der Küste entfernt, entstanden. Sie werfen das Wasser sogar einige Fuß in hoch die Luft, haben aber bis jetzt noch keinen eigentlichen Schaden angerichtet. Die obdachlosen Einwohner, von denen alljährlich im März 2000 auf 300 Barken in See gingen, um bis zum Oktober an den Küsten von Afrika oder der Insel Sardinien die mühsame Korallenfischerei zu betreiben, die also jetzt gerade alle zu Hause waren, sind theils in Neapel, theils in den umliegenden Ortschaften untergebracht worden. Das selbst bedrohte Torre del Annunziata hat 8000 von ihnen eine Zuflucht gewährt. Einzelne der letzten Erdstöße waren zwar stark genug, um auch hier deutlich verspürt zu werden; doch scheint vorläufig kein Grund zu Befürchtungen für noch andere Ortschaften gegeben.

Turin, 30. Dez. [Telegr.] Die „Italia“ stellt die Mittheilung des „Diritto“ in Abrede, wonach eine Deputation aus dem Parlament zu Ricasoli gekommen sein sollte, um ihm Rathschläge über die gegenwärtige Lage zu ertheilen, und versichert, daß das Ministerium beschloffen habe, so, wie es jetzt ist, vor das Parlament zu treten.

Rußland und Polen.

Petersburg, 31. Dezbr. [Telegr.] General Potapoff, bisher Oberpolizeimeister in Moskau, ist an Stelle des mit Auszeichnung entlassenen Grafen Schuwaloff definitiv zum Chef der dritten Sektion des kaiserlichen Kabinetts ernannt worden.

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Dez. [Das „Eider-Parlament“. Verbot von Sammlungen für die deutsche Flotte in den Herzogthümern.] Die von mehreren Seiten gegebene Meinung, daß die Regierung in Folge der Depeschen der deutschen Mächte den sogenannten Reichsrath für Dänemark und Schleswig, das „Eider-Parlament“, nicht einberufen werde, die übrigens schon auf den ersten Blick als sehr unwahrscheinlich angesehen werden mußte, wird jetzt aus guter Quelle mit größter Bestimmtheit als unrichtig bezeichnet. Das „Eider-Parlament“ wird demnach wirklich zum 25. Januar zusammentreten, doch soll man in Rücksicht auf die Depeschen der deutschen Mächte die Session möglichst geräuschlos vorübergehen lassen wollen. Das wird indessen so ganz nicht gelingen; denn es ist mit Sicherheit vorauszu sehen, daß wenigstens zwei schleswigsche Mitglieder der Versammlung, Thomsen-Oldensworth und Hansen-Grumby (Vizepräsident der letzten schleswigschen Ständeversammlung), ihre bereits 1859 ausgesprochenen Proteste gegen die staatsrechtliche Zulässigkeit eines „Eider-Parlaments“ und gegen jede etwaige Kompetenz einer solchen der verfassungsmäßigen Basis durchaus entbehrenden Legislative namentlich in Betreff des Herzogthums Schleswig, diesmal noch energischer geltend machen und es darauf ankommen lassen werden, ob die Regierung und die Versammlung gegen sie einen ähnlichen Gewaltakt werden vornehmen wollen, wie er unter der Restauration gegen den Depulirten Manuel verübt worden ist. Ueber die Vorlagen, welche die Regierung dem in Rede stehenden „Eider-Parlament“ machen wird, verlautet noch nichts Bestimmtes, doch vernimmt man, daß mehrere zur Vorlage bestimmt gewesene organische Gesetzentwürfe für Dänemark-Schleswig vorläufig bei Seite gelegt worden, und man darf danach wohl annehmen, daß anderen, die früher ebenfalls als zur Vorlage bestimmt angekündigt worden sind, worunter ein Entwurf zu einem neuen Zolltarif das selbe Schicksal bevorsteht. In der That ist nicht abzusehen, wie die Regierung überhaupt das Eider-Parlament zur Verhandlung von Gesetzentwürfen sollte schreiten lassen können; denn entweder werden die Beschlüsse dieses sogenannten „Reichsraths“ für die gesamte Monarchie zur Ausführung gebracht, dann würden Holstein und Lauenburg thatsächlich der Vollmächtigkeit einer Versammlung, in welcher diese Herzogthümer in keiner Weise mehr repräsentirt sind, unterworfen sein; oder der Reichsrath beschließt nur für Dänemark und Schleswig, dann wäre in Verfassung und Verwaltung der „Eiderstaat“ konstituiert und die Inkorporation des Herzogthums, die nicht stattfinden zu lassen Dänemark sich ausdrücklich verpflichtet hat, würde sich als eine vollbrachte Thatade darstellen. Wie es heißt, soll der Konseil-Präsident in einer Gesellschaft von Reichstagsmitgliedern geäußert haben, Dänemarks Sache habe im Auslande nie günstiger gestanden, als eben jetzt. Wenn diese Aeußerung überhaupt gemacht worden ist, so hat sie offenbar nur den Zweck gehabt, die Bedenken, die manchem Abgeordneten sich mit Hinsicht auf das Gefährliche der jetzigen Situation aufgedrängt haben mögen, rasch zu vercheuchen. — In der so eben ausgegebenen Nummer des holsteinischen „Gesetz- und Ministerialblatts“ wird eine vom 27. d. datirte Bekanntmachung des Ministeriums für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg publizirt, durch welche die Sammlung von Beiträgen für die „sogenannte deutsche Flotte“ verboten und die sämtlichen Polizeibehörden aufgefordert werden, darüber zu wachen, daß dem vorstehenden Verbote nachgelebt werde. (M. W. Z.)

S i e n.

Singapore, 14. Decbr. [Von der ostasiatischen Expedition.] Am 11. d. ging Hr. Maj. Dampfboote „Arion“, von Rangoon kommend,

im hiesigen Hafen zu Anker. Wie es heißt, wird ihr Aufenthalt nur von kurzer Dauer sein, da der Graf zu Guleburg, nachdem derselbe Matiao und Kanton besucht hat, seine Reise nach Siam fortzusetzen gedenkt. Das Transportschiff „Elbe“ geht bereits in wenigen Tagen von hier nach Siam voraus, um dort die Ankunft der „Arctona“ zu erwarten. (Wit. 3.)

Hongkong, 15. Noobr. [Die Stellung der Ausländer.] Nach den bis zum 27. Oktober reichenden Berichten über den jungen Kaiser, der am 26. Oktober 3-Jahre verlor, wird in Peking ein neuer Kaiser ernannt. Der Fremdenverkehr in der Hauptstadt ist sehr beschränkt. Es soll das von den Briten des Prinzen Kung geheißene, welches dem Verkehr mit den Fremden günstig ist, denselben aber so vorsichtig wie möglich einzuleiten wünscht, um dem Hofe keinen Anstoß zu geben. Besonders bei dem Einzuge des Kaisers möchte man alle Reibungen vermeiden sehen, zu welchen das Benehmen der britischen Reisenden von gewöhnlichem Schlage nur allzuleicht Anlaß giebt. Es sind neuerdings Ueberlegungen von einigen Ausländern erschienen, welche der verstorbenen Kaiser mit dem Prinzen Kung über die Gebräuche und Sitten der Ausländer gewechselt hat. Es geht aus denselben hervor, daß die chinesischen Behörden diesem Gegenstande große Aufmerksamkeit geschenkt und dem Rath der in chinesischen Diensten befindlichen Europäer bereitwillig Gehör gegeben haben.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 2 Jan. [Verhaftete Diebe.] Ein schon viermal wegen Diebstahls bestraffter Mensch, der erst vor wenigen Monaten aus dem Zuchthaus, wo er eine zweijährige Haft verbüßt, entlassen ist, wurde am 30. v. Monats Abends bei Verübung eines Einbruchs in der Wohnung eines abwesenden Offiziers von dessen Bedienten, dem Füllstiller Sander und dem Bedienten Karge betrogen und zur Haft gebracht. Es wurden verschiedene Brechwerkzeuge vorgefunden, mit denen der Dieb die Doppelthür aufsprengt hatte. Seine beiden, gleichfalls schon mit Zuchthaus bestrafften Gehülfen entpanden, sind jedoch von der Polizei bereits ermittelt und verhaftet. Abermals ein Beweis, daß unsere Gefängnisse in ihrer jetzigen Einrichtung für Diebe und Einbrecher wenig Abschreckendes haben und selbst Zuchthausstrafe solche Leute von ihrer Verbrechenslaufbahn nicht lange zurückhält.

R — Der praktische Arzt, Dr. Paradies in Breschen, sendet uns die nachfolgende Erwiderung auf den Artikel des Hrn. S. Kuttner aus Breschen in Nr. 300 der „Pos. Ztg.“ vom vor. Jahre, der wir hier mit der Bemerkung Raum geben, daß wir hiermit die betreffende Angelegenheit für abgeschlossen ansehen müssen. Die Erwiderung lautet:

„Vergleichen man mit Rücksicht auf die hiesigen Verhältnisse meine Stellung und meinen Wirkungskreis mit der moralischen Bedeutung des ersten jüdischen Lehrers, wie er sich zeichnet, so wird das Bächerliche und die Komik einleuchten: daß ich der einzige unter den Urwählern und Wahlmännern Breschen's, mich bei dem p. Kuttner durch Wort und Handschlag verpflichtet hätte, seinen Voten zu wählen. Aber auch die Behauptung des ersten jüdischen Lehrers, daß er im Auftrage der Urwähler meines Bezirks mich um meine politische Richtung befragt, ist unwar, da die Urwähler, welche meine Wahl bewirkte, mich und vor Zeugen erklärten, daß sie dem p. Kuttner keineswegs irgend einen derartigen Auftrag erteilt hätten. Ferner ist die angebliche Thätigkeit des p. Kuttner in meinem Bezirk, wozu er nicht gehörte, problematisch, da ich schon in der dritten Abtheilung bei einer Mehrheit von 3 Stimmen (19) als Wahlmann durchfiel, weil eben trotz der lebhaften Agitation (?) des p. Kuttner sämtliche Urwähler vor der engeren Wahl das Votum verließen hatten, und der Nebenkandidat mit nur 5 Stimmen siegte. — Erst ein kurz vor der Abstimmung erstandenes Kompromiß der zweiten Abtheilung bewirkte meine Wahl. — Jedoch die Sache widerlegt sich auch durch sich selbst; denn historisch berichtet verhält sie sich, wie folgt: „Der erste jüdische Lehrer mit einer offiziellen Mission betraut, entwidete am Wahltag eine löbliche Thätigkeit, indem er in allen drei Wahlbezirken gleichzeitig auftrat, Agenturgeschäften dabeilist anführte, und sich den Titel eines überaus tüchtigen Stadtdieners erwarb. Auch bei mir drängte er sich selbst auf, und ersuchte mich im Auftrage des königl. Landraths, wie er angab, daß ich die Reise nach Schroda unterlassen möchte, um die Feindschaft als junger Arzt zu vermeiden. Die Besuche waren glücklicherweise, durch meine ärztliche Beschäftigung stets unterbrochen, von gar kurzer Dauer, so, daß meine Mission mißlang und ich nach Schroda reiste. Nun war der Lärm groß. Man ging mit verschiedenen Gedanken schwanger, bis schließlich der Lehrer Kuttner den Einfall gebar, mich des Wortbruchs zu beschuldigen. Aber K. diente bloß als Mittel zum Zweck. Der Brennpunkt der Agitation ist das f. Postbureau, unter Leitung des Posthalters Kunow, der zu gallingen Zornentleerungen neigt.“ — Wenn aber K. im Artikel ferner berichtet, daß er Mittheilungen, die ich ihm über meine wahren Gesinnungen über die Polen gemacht, die er auch am bestimmten Orte melden sollte, nur darum verschweige, um mir nicht im Verufe zu schaden: so erinnert es mich lebhaft an Sancho Panza, weiland reger Logik. Täglich mit allen Personen im Verkehr, bedurfte ich das werthe Organ des Lehrers K., um gegen die Polen, mit denen ich gestimmt, Meldung zu machen? Kuttner weiß es, sagt den famosen Artikel ab, schweigt, und will mir nicht schaden. Als ob ich Zeitungsartikel um die Mißgunst anderer, selbst höherer Personen fürchtete. Ja! ich erkläre schließlich, daß ich die Beantwortung solcher Artikel von Kuttner und Konsorten für die Zukunft unterlassen werde, indem ich meine Zeit besser zu benutzen weiß. Breschen, 23. Dezember 1861. Dr. Th. Paradies, praktischer Arzt.“

b Rogasen, 31. Dez. [Die Nachwahl in Mur. Goslin.] In Folge einer Ab. hnung fand am 30. Dezember in Mur. Goslin eine Nachwahl statt. Bei dem Ergebnisse der früheren Wahlen konnte der Ausfall derselben einem Zweifel nicht unterliegen. Es haben die Polen wiederum den Sieg davongetragen (s. d. vorgestrige Ztg.), indem sie den Grafen Plater im Bufen Kreise gewählt haben. Derselben waren in ihrer alten guten Disziplin fast sämtlich erschienen. Dagegen zeigte sich bei den Deutschen jeder Mangel an Organisation. Die Hälfte derselben war gekommen, die andere im Gefühle der Erfolgslosigkeit ihrer Bemühungen zu Hause geblieben. Das hätte nun jedenfalls nicht geschehen müssen. Wir hätten unseren Gegnern dies Bild von

Verfahrenheit nicht geben dürfen. Entweder mußten wir uns alle von der Wahl fern halten, oder alle erscheinen. Doch so etwas ist nur bei einer gemeinsamen Leitung möglich, die uns leider ganz gefehlt hat. Nun wir sind hoffentlich Leute, die von ihren Fehlern lernen. Wenigstens ist dazu bereits ein kleiner Versuch gemacht worden. Nach der Wahl traten die deutschen Wahlmänner zusammen, um sich zunächst über die Schritte zu beraten, welche zu einer Umgestaltung des Wahlkreises führen möchten. Denn das Unrecht, welches den Deutschen in demselben geschieht, liegt auf der Hand. Der Dorniker Kreis ist überwiegend deutsch und sollte sowohl wohl das Recht haben, durch einen deutschen Abgeordneten vertreten zu werden. Dies ist aber durch unmöglich gemacht worden, daß man im Posener Kreise die Mitglieder von seinem Kopfe, das Land von der Kreisstadt losgerissen und dasselbe mit dem Dorniker Kreise zusammengelegt hat, wodurch diesem eine so große Zahl Polen zugeführt worden, daß ihnen zwei Abgeordnete gesichert worden sind. Die Versammlung hat deshalb ein Komitee erwählt, dessen Aufgabe es sein soll, zunächst die Schritte zu beraten, welche eine Abänderung dieses Mißstandes herbeizuführen geeignet sind. Das Bewußtsein unserer geringen Organisation bestimmte die Versammlung sodann aber noch ferner, das Komitee zu ermächtigen, erforderlichen Falls den Verwehnen der beiden Kreise Polen und Dorniker Vorschläge zur Wahrung der Interessen der Deutschen in der hiesigen Provinz zu machen. Dieser Beschluß wurde jedoch erst nach längerer Debatte gefaßt. Als wichtigster Einwand erachteten wir, daß damit einem geringen Bruchtheile unserer Provinz, einem Komitee aus zwei Kreisen, eine Thätigkeit in die Hand gegeben würde, die besser von einem Zentralkörper der ganzen Provinz ausginge. Als solcher wurde der Verein der deutschen Landwirthe bezeichnet. Wir sind weit entfernt, diesem Vereine und namentlich seinen Gründern ihr großes Verdienst, welches sie sich durch denselben erworben, abspreschen zu wollen. Durch den Verein ist zuerst der Gedanke einer Vereinigung der Deutschen in der Provinz ins Leben gerufen worden. Doch kein ausschließender Charakter kann denselben als das Organ sämtlicher Deutschen der Provinz nicht mehr erscheinen lassen. Bis der Verein also eine geeignete Umgestaltung erfährt, ist es notwendig, daß in den einzelnen Kreisen der Provinz ein engerer Zusammenschluß der Deutschen zur Wahrung ihrer Interessen erfolgt. Gelingt es dem Verein der Landwirthe sich durch eine geeignete Reform zum Mittelpunkt der deutschen Bestrebungen zu machen, was sehr wünschenswerth ist, so wird er bei einer vorangehenden Einigung in den einzelnen Kreisen zugleich sehr geeignete Organe für seine Thätigkeit finden, die er sich sonst erst zu schaffen hätte. Daß eine die ganze Provinz umfassende Organisation der deutschen Kräfte aber erforderlich ist, liegt uns außer allem Zweifel. Wir dürfen es uns nicht verhehlen, daß wir in schlimmen Zeiten hauptsächlich auf unsere eigene Hilfe angewiesen sein würden. Ein Krieg mit Frankreich, und eine verlorne Schlacht würde die Provinz in Brand legen. Wir haben das beste Vertrauen zu unseren Behörden. Doch in solchen Zeiten müssen die Behörden, wenn sie wirken sollen, sich auf die Bevölkerung stützen können. Wie viel wäre gechehen, wenn sie dieselbe bereits organisiert fände. Lernen wir von unseren Gegnern.

5 Bromberg, 31. Dezbr. [Goldene Hochzeit; Petition; Weihnachtsbesprechung; Theater; Konzert.] Gestern hat in der evang. Kirche eine seltene Feier stattgefunden, die Wiedererneuerung des Heiligtums. Es hat seine Ehefrau zur goldenen Hochzeit. Gegen 5 Uhr Nachmittags erschien das Jubelpaar in der zahlreich gefüllten Kirche, wurde an der Thür von dem Stadtrath Lange, Hauptmann der hiesigen Schützengilde, welcher der Jubelbräutigam seit vielen Jahren angehört, empfangen und vor den Altar geführt. Nach dem Gesänge des Liedes: „Der Herr hat Alles wohl gemacht“, hielt Prediger Serno die Traurede über Ps. 103, 1 u. 2, in welcher er auch erwähnte, wie der Jubelkreis gezeugen unter dem Belteroberer Napoleon I. und dann aus Patriotismus mit Gott für König und Vaterland gegen Frankreich geschoten. Unserer Stadt gehört L. seit 26 Jahren als Bürger an. Nach dem Schlußgange gratulierten die zahlreichen Kinder und Kindesfinder und sonstige Verwandte u. i. w. dem tiefgeehrten Paar. Beide, Mann und Frau, sind hoch in den 70er Jahren, dabei aber bei vollen Geisteskräften, frisch und gesund. L. ertheilt noch täglich in vielen Familien Unterricht in der Musik. Abends fand im Schützenhause ein von der Schützengilde arrangiertes gemeinschaftliches Abendessen statt, das etwa 60 Ruveris zählte. Die Schützengilde überreichte dem Jubilar bei Tische durch ihren Hauptmann Lange eine schöne silberne Dose mit werthvollem Inhalt. — Zu Gunsten des Landraths v. Laverge-Pegulth, der zur Disposition gestellt werden soll, haben die deutschen Rittergutsbesitzer des Wirzger Kreises ein Sammelatgleich an St. Maj. den König gerichtet. In diesen Tagen ist auch von den polnischen Gutsbesitzern des Kreises ein ähnliches Gesuch an St. Majestät abgegangen. Es heißt darin u. A.: „Es dankbar anerkennend, daß der Landrath v. Laverge-Pegulth in seiner amtlichen Stellung stets bemüht gewesen ist, durch unparteiisches Verfahren auf die mancherlei politischen Gegensätze verständig einzuwirken, Jedermann auch mit gleichem Wohlwollen und gleicher Gerechtigkeit zu behandeln, schließen wir uns dem wesentlichen Inhalte des unter dem 21. d. an St. Majestät Seitens der deutschen Mitglieder des Kreises gerichteten Sammelatgleiches an und richten an St. Majestät die allerunterthänigste Bitte, dem Gesuche, durch welchen der Landrath v. Laverge-Pegulth zur Disposition gestellt werden soll, die Bestätigung nicht zu ertheilen.“ — Wie im vorigen, so fand auch in diesem Jahre bei dem Stadtrath Lange (Mitglied der Armendirektion) eine Weihnachtsbesprechung für die städtischen Waisenfinder, welche hier bei verschiedenen Familien untergebracht sind, statt. Nachdem auf Veranlassung L's für den wohlthätigen Zweck über 114 Thlr. zusammengebracht worden, wurden über 70 arme Kinder am ersten Feiertage in seine Wohnung beschieden. In dem Saale stand eine lange gedeckte Tafel, besetzt mit Tellern voll Kuchen, Nüssen, Nüssen etc., ferner lagen da Bücher, Schürzen, Handtücher, Woll, Westen, Schreibutensilien und Spielzeug. L. richtete zunächst einige herzliche Worte über die Bedeutung des Festes an die Kinder, ließ sich hierauf von einigen Knaben und Mädchen Weihnachtsgedichte herlesen und vertheilte dann die Geschenke. Unter den innigen Dankesäußerungen verließen die Kinder den Festort. Der Theaterbesuch während der Feiertage, in denen Hr. Gehrmann neue Stücke brachte (s. B. „Der Trödler“ und „Städtische Krankheit und ländliche Kur“), war sehr zahlreich; dasselbe gilt von dem Besuche der Konzerte der Prahlschen wie der Militärkapelle.

Vermischtes.

* Aachen, 29. Dezember. Die hiesige Stadtverordnetenversammlung hat über ihre Sitzung am 23. d. folgendes Protokoll aufnehmen lassen und veröffentlicht: Nachdem die heutige Sitzung der Stadtverordneten eröffnet, die Geschäfte mit Berlesung und

Feststellung des Protokolls über die Verhandlungen der vorigen Sitzung eingeleitet, hierbei aber verschiedene Abänderungen des verlesenen Protokolls begehrt worden, unter anderen ein solches durch den Kommerzienrath Leopold Scheibler gestelltes Begehren zu längeren Debatten geführt, ging Hr. Scheibler schließlich dazu über, eine sehr heftige Anrede, die es nicht mehr mit der Frage der Protokollberichtigung zu thun hatte, an die Stadtverordnetenversammlung zu richten und diese damit zu schließen, daß er sagte: „Schwagt, was Ihr wollt“, daß er sich demnach erhob, seinen Hut ergriff, auf die Thür zuging, auf diesem Wege in heftiger Weise seinen Hut aufsetzte und die Worte ausstieß: „Einem solchen Kollegium mag ich nicht weiter angehören.“ Da die ganze Versammlung in einem solchen Benehmen einen sehr eklatanten Angriff auf die Würde des Kollegiums und eine gesetzlich strafbare Beleidigung desselben erblickt, so ist auf das ausdrückliche allgemeine Begehren der Stadtverordneten Seitens des Vorsitzenden über den Vorgang die gegenwärtige Verhandlung errichtet und nach Berlesung und Genehmigung von demselben und den sämtlichen anwesenden Stadtverordneten unterzeichnet worden.“

* Einz. 28. Dezbr. Im Prozeß Köppert (dem Verwalter eines großen koburgischen Gutes in Dörsch, der der Brandstiftung und anderer Verbrechen angeklagt war) ist heute vom Gerichtshof das Urtheil verkündet worden. Nach demselben ist Baron Köppert hinsichtlich der Anlage des Verbrechens des Betruges freigesprochen worden. Dagegen ward er schuldig befunden des Diebstahls, ferner der Veruntreuung von nur 180 Gulden, sowie der Verleitung zum Mißbrauch der Amtsgewalt, endlich der Brandstiftung durch Unvorsichtigkeit. Deshalb verurtheilt ihn das Gericht zu drei Jahren schweren Kerkers, Verlust des Adels und Erlass der Gerichtskosten. Der Verurtheilte hat die Berufung angemeldet.

* Bakunin, der bekannte russische Flüchtling, der acht Jahre in den russischen Kasematten gefesselt und darauf fünf Jahre in der ostbaltischen Gefangenschaft zugebracht hatte, ist von Newyork in London angekommen, nachdem er den Amur entlang geflohen war und mit einem amerikanischen Schiffe Kalifornien erreicht hatte.

* Der so kühne wie unermüdete afrikanische Reisende Henry Duveyrier ist in Algier lebensgefährlich erkrankt. 29 Monate der Strapazen und Entbehrungen, dazu Nachwehen des im Wed-Nigh gehaltenen Fiebers, endlich das plötzlich anhaltende Sitzen am Schreibtische haben ihn in dem Momente aufs Krankenlager geworfen, wo er gerade die Karte von seiner Reise dem Kupferstecher und die ersten Bogen seines Werkes über die Tuaregs der Druckerei übergeben hatte. Duveyrier ist erst 22 Jahre alt.

Angekommene Fremde.

Vom 1. Januar.

BAZAR. Frau Gutsbesitzer v. Swinarek aus Krusjewo, die Gutsbesitzer Graf Potulicki aus Groß-Zegory, Graf Starobelski aus Blask, Szol-drzinski aus Lubasz, v. Radzinski aus Dziedkowice und Lewenstein aus Jopiergem.

BUDWIG'S HOTEL. Gutsbesitzer Stegemann aus Groß-Kybnio, Fräulein Broch aus Plesno, die Kaufleute Prager aus Bissa, Danowski aus Samter, Goldberg aus Berlin und Sklarek aus Krotoschin.

EICHENER BORN. Die Kaufleute Guszowski aus Klesko und Hirsch aus Chodziesien.

Vom 2. Januar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Rittergutsbesitzer und Staatsreferendar v. Roskoff aus Warschau, Gutsamministratoren Redlich aus Stridde, die Kaufleute Preiß aus Leipzig, Mayer, Ridenthal, Articus, Köster und Samuel aus Berlin, Zschinski aus Halberstadt und Moses jun. aus Stettin.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Gutsbesitzer Ehrlich aus Bromberg, die Kaufleute Wendler aus Stettin, Allens aus Breslau und Didesheim aus Königsberg.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Graf Czarniecki aus Golejewo, v. Jatzewski aus Zabno und v. Zoltowski aus Ujazd, Rechtsanwält Weiß aus Schroda und Kaufmann Slater aus Scheffeld.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rittergutsbesitzer v. Karasewski aus Berlin, Fabrikant Kalmach aus Königsberg, die Kaufleute Sasse aus Stettin und Elberfeld aus Breslau, Kupferstechermeister Rose aus Magdeburg und Gutsbesitzer Hemmerding aus Danzig.

SCHWARZER ADLER. Die Rittergutsbesitzer v. Brzestki aus Zabkowo und Trautwetter aus Gostawowo, Maurermeister Proke aus Gnesen, Lehrer Zonas aus Grätz und Kreis-Translator Domkowski aus Kosten.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Kosowski aus Koskowo, Rentier Buskowsky aus Gnesen, die Gutsbesitzer v. Kaniewski aus Lubomieski, v. Swinarek aus Budziewo und v. Radowski aus Sieliski, Probst Wójcicki aus Kozmierz und Bürger Kozłowski aus Bromberg.

HOTEL DE BERLIN. Lieutenant a. D. v. Bork aus Gostyn, Wirthsch. Cleve v. Bork aus Niezajna, Gutsbesitzer Maack aus Eulin, Kreisrichter Röbel aus Gostyn, Architekt v. Morawski aus Chalamy und Kaufmann Freiherr aus Breslau.

BAZAR. Frau Gutsbesitzer v. Gochacka aus Gzarniadi, die Gutsbesitzer Graf Wielzinski aus Dawowice, v. Guttry aus Parys, v. Kozłowski aus Dembno und v. Lubinski aus Kragyn.

BUDWIG'S HOTEL. Viehhändler Hamann aus Gottschimmerbruch, die Kaufleute Goldschmidt aus Berlin, Sklarek aus Krotoschin und Arnheim aus Zettow.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Berichtigung.

In unserer Bekanntmachung vom 4. d. M. — Beilage zur „Posener Zeitung“ vom 23. Dezember 1861, Nr. 300 — kommen nachstehende Druckfehler vor:

unter den Pfandbriefen aus früheren Terminen
ad F. über 25 Thlr.:
statt Nr. 103/2663. Meseriger, Kreis Schrimm,
Sob. 70, soll heißen: Sob. 60;
statt Nr. 55/385. Rojewo, Kreis Samter,
soll heißen: Nr. 55/3853;
statt Nr. 37/6932. dito Kreis Breschen, B.
55, soll heißen: Ostrowo, Kreis Breschen,
was hierdurch berichtigt wird.

Posen, den 23. Dezember 1861.
General-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

Freitag den 3. Januar 1862 Vormittags 10 Uhr soll eine Quantität Roggen-Ale u. i. w. in dem hiesigen königlichen Magazins öffentlich an den Meistbietenden gegen sofortige baare Bezahlung verkauft werden.
Posen, den 30. Dezember 1861.
Königliches Proviantamt.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des allerhöchsten Privilegii vom 30. Juni 1858 ist nach dem Amortisationsplan für die Meseriger Kreisobligationen der

Betrag von 2300 Thlr. in Kreisobligationen ausgelöst worden und sind hierbei gezogen:

- 1) in Appoints zu 100 Thlr. (7 Stück = 700)
Litt. B. Nr. 51. 101. 102. 189. 190. 247. 248.
499. 553. 598. 599. 600. 666.
785. 844. 845. 847. 843. 849.
852. 897. 898. 899. 900. 944.
945. 957. 961. 962. 963. 964.
999. 1040. 1085. 1113. 1152.
1158.
- 2) in Appoints zu 50 Thlr. (14 Stück = 700)
Litt. C. Nr. 23. 25. 69. 173. 387. 389. 399.
403. 404. 523. 524. 591. 599.
600.
- 3) in Appoints zu 25 Thlr. (36 Stück = 900)
Litt. D. Nr. 316. 335. 336. 337. 338. 498.
499. 553. 598. 599. 600. 666.
785. 844. 845. 847. 843. 849.
852. 897. 898. 899. 900. 944.
945. 957. 961. 962. 963. 964.
999. 1040. 1085. 1113. 1152.
1158.

Diese Obligationen werden hiermit den Inhabern gefündigt und Letztere aufgefordert, am 1. April 1862, den Nennwerth derselben mit den bis dahin fälligen Zinsen gegen Rückgabe der Obligationen nebst Zinscoupons bei der königlichen Kreisbank in Meseritz oder der Provinzial-Anstaltenkasse in Posen in Empfang zu nehmen.

Meseritz, den 2. Oktober 1861.

Die ständische Kommission.

J. B.

Flottwell.

stellvertreter Landrath.

Brown.

Bürgermeister.

Ausfindung der nachfolgenden Kreis-Obligationen des Meseriger Kreises.

- Litt. A. a 1000 Thlr. Nr. 9.
- Litt. B. a 100 Thlr. Nr. 17, 18, 19, 62, 147, 148, 269.
- Litt. C. a 50 Thlr. Nr. 2, 3, 8, 9, 10, 108, 244, 287, 288, 333, 380, 420, 447, 491, 510, 521.
- Litt. D. a 25 Thlr. Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 147, 148, 149, 150, 425, 426, 427, 486, 613, 614, 615, 643, 680, 736, 899, 900, 981, 982, 983, 984, 985, 1009, 1010, 1026, 1027, 1028, 1043, 1053.

Diese Obligationen sind nebst den dazu gehörigen, noch nicht fälligen Zinscoupons Nr. 3 bis 10 am 1. April 1862 auf der Kreis-Kommunalkasse hier selbst gegen Baarzahlung des Nennwerthes zurückzuliefern.

Meseritz, den 24. September 1861.

Die ständische Kommission für den Schaupfandbau im Meseriger Kreise.

Gregorovius. Graf Taczanowski.

Stiegler.

Proclama.

Dem Kaufmann Gustav Delskamp zu Bremen sind angeblich auf der Eisenbahn zwischen Ratel und Kreuz folgende Wechsel verloren gegangen:

- 1) ein am 9. Februar 1862 fälliger Wechsel an eigene Ordre über 150 Thlr., ausgestellt von Gustav Delskamp auf Ignaz Sobicki zu Inowracław, von diesem acceptirt, domiciliert bei Moritz Jacobsohn hier, mit dem Blankogiro des Trassanten, ohne Datum der Ausstellung.
- 2) ein am 15. März 1862 fälliger Wechsel an eigene Ordre über 150 Thlr., von Gustav Delskamp auf Ignaz Sobicki in Inowracław gezogen, von Letzterem acceptirt, domiciliert bei Moritz Jacobsohn hier, mit dem Blankogiro des Trassanten, ohne Datum der Ausstellung.
- 3) ein am 7. März 1862 fälliges Accept des Hermann Steinbrück in Ratel über 120 Thlr., domiciliert bei der Bankkommandite hier, vom Trassanten Gustav Delskamp noch nicht unterzeichnet.
- 4) ein am 15. März 1862 fälliges Accept des Hermann Steinbrück zu Ratel über 240 Thlr. 10 Cgr., domiciliert bei der Bankkommandite hier, vom Trassanten Gustav Delskamp noch nicht unterzeichnet.

An den Inhaber dieser Papiere ergeht hiermit die Aufforderung, sie uns bis zum 1. Oktober 1862 vorzulegen, widrigenfalls die Wechsel

Bromberg, den 10. Dezember 1861.

Königliches Kreisgericht, 1. Abtheilung.

Vorbereitungsklassen für die Realschule. Der Unterricht beginnt wieder am 3. Januar.

Dr. Brennecke.

Milchpacht = Gesuch.

Es wird von einer zuverlässigen kautionsfähigen Person eine Milchpacht gesucht. Die hierauf reflectirenden wohlwollenden Dominien, welche täglich 60 bis 120 Quart gute Milch frei Posen zu liefern geneigt sind, belieben ihre Adressen unter F. K. recht bald, spätestens aber bis zum 10. d. Mts. in der Expedition dieser Zeitung abzugeben. Mit der Reterung kann sofort, spätestens aber zum 1. April begonnen werden.

Von einem Dominio wird ein reichhaltiger Milchabnehmer, der eine Kautions von wenigstens 200 Thlr. leisten kann, gesucht. Für vorzügliche Milch wird garantirt, und die Pacht niedrig gestellt. Offerten nimmt die Expedition der Zeitung sub Chiffre A. K. an.

Ein neuer Tanzkursus beginnt am 6. d. Mts. im Hôtel de Saxe, Breslauerstraße. Bald gefälligen Anmeldungen nicht entgegen.

O. Rochacki, Tanzlehrer.

(Beilage.)

